

## Öffentlichen Ausschreibung

**Umbau Servicecenter vom Erdgeschoss in das 1.OG in 16515 Oranienburg**

## Inhaltsübersicht

### TEIL A – ANSCHREIBEN & VERFAHRENSANGABEN

<b>1.</b>	<b>ALLGEMEINE ANGABEN.....</b>	<b>6</b>
1.1	Ausschreibende Stelle und Auskünfte .....	6
1.2	Bezeichnungen und Abkürzungen.....	6
1.3	Gegenstand der Ausschreibung .....	6
1.4	Losteilung.....	7
1.5	Rechtlicher Rahmen.....	7
1.6	Datenschutz und Verschwiegenheitsverpflichtung.....	7
1.7	Datenschutzrechtliche Informationspflichten .....	8
1.8	Ausfallbedingter Auftragnehmerwechsel .....	11
<b>2.</b>	<b>VERFAHRENSABLAUF .....</b>	<b>11</b>
2.1	Verfahrensart .....	11
2.2	Kommunikation .....	11
2.3	Objektbegehung.....	14
2.4	Fristen und Eröffnungstermin .....	14
2.5	Form und Einreichung .....	15
2.6	Bewerber-/Bietergemeinschaft .....	18
2.7	Unterauftragnehmer/Nachunternehmer .....	18
2.8	Eignungsleihe.....	19
2.9	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen .....	19
<b>3.</b>	<b>WERTUNG UND PRÜFUNG DER ANGEBOTE .....</b>	<b>20</b>
3.1	Formale Prüfung .....	20
3.2	Zuschlagskriterien .....	20
3.3	Eignung.....	21

#### Anlagen:

Anl A.01: Hinweise zur Verfahrensart

Anl A.02: Wertungsmatrix\_nur Preis

## **TEIL B – ANGEBOTSUNTERLAGEN (OBLIGATORISCH)**

Anlagen, die (soweit zutreffend) ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- Anl B.01: Angebotsformblatt
- Anl B.02: Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung
- Anl B.03: Preisblatt
- Anl B.04: Allgemeine Angaben & Erklärungen
- Anl B.05: EE zu Eignungskriterien (LOS 1-3)

## **TEIL C – ANGEBOTSUNTERLAGEN (FAKULTATIV)**

Anlagen, die auf gesonderte Aufforderung der Auftraggeberin ausgefüllt einzureichen sind:

- Anl C.01: Verpflichtungserklärung Dritt- & Unterauftragnehmer

## **TEIL D – VERTRAGSBEDINGUNGEN INKL. ANLAGEN**

Vertrag zu Los 1-3

- Anl D.01: Vertrag
- Anl D.02: Funktionale Ausbaubeschreibung
  - Anl D.02a: Materialkonzept
  - Anl D.02b: Objektplan
  - Anl D.02c: Bauablaufplan

## **Abkürzungsverzeichnis**

<b>AG</b>	Auftraggeberin
<b>Anl</b>	Anlage/Anlagen
<b>BGB</b>	Bürgerliches Gesetzbuch
<b>DSGVO</b>	Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung
<b>EE</b>	Eigenerklärung
<b>gem.</b>	gemäß
<b>GWB</b>	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
<b>i.V.m.</b>	in Verbindung mit
<b>KonzVgV</b>	Verordnung über die Vergabe von Konzessionen (Konzessionsvergabeverordnung)
<b>lit.</b>	litera (Buchstabe)
<b>MiLoG</b>	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz)
<b>SektVO</b>	Verordnung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (Sektorenverordnung)
<b>SGB I</b>	Sozialgesetzbuch Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil
<b>SGB V</b>	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung
<b>SGB X</b>	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (X) – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
<b>SRVwV</b>	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung
<b>StGB</b>	Strafgesetzbuch
<b>SVHV</b>	Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung
<b>UVgO</b>	Unterswellenvergabeordnung Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterswellenvergabeordnung)
<b>VgV</b>	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung)
<b>VOB</b>	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
<b>VOB/A</b>	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (Allgemeine Bedingungen für die Vergabe von Leistungen)
<b>VOB/B</b>	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil B (Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen)
<b>WRegG</b>	Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz)

## **TEIL A – ANSCHREIBEN & VERFAHRENSANGABEN**

### **1. Allgemeine Angaben**

#### **1.1 Ausschreibende Stelle und Auskünfte**

##### **Bedarfsstelle**

Auftraggeberin (nachfolgend auch als AOK Nordost bezeichnet) für den abschließenden Vertrag und vertragshandelnde Stelle ist:

- 1.1.1 AOK Nordost – Die Gesundheitskasse  
vertreten durch die Vorsitzende des Vorstands Frau Daniela Teichert  
Bedarfsstelle: AIT/1/0/2 vertreten durch Herrn Frank M. Dauselt  
Brandenburger Straße 72






##### **14467 Potsdam Zentrale Vergabestelle**

- 1.1.2 Die Zentrale Vergabestelle führt dieses Verfahren für die AOK Nordost durch und ist für die Kommunikation mit den Bietenden zuständig. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Kommunikation“.

#### **1.2 Bezeichnungen und Abkürzungen**

Die AOK-Gemeinschaft steht mit ihrem Markenkern „Gesundheitskasse“ für die Krankenversicherung der gesamten Bevölkerung in allen Regionen Deutschlands. Sie ist eine große Solidargemeinschaft und für alle da (Markenleitbild der AOK-Gemeinschaft). Das bildet sie auch in der Kommunikation mit ihren Versicherten ab.

Die AOK ...

-  behandelt alle Menschen gleichwertig und spricht sie angemessen an,
-  verwendet als modernes Unternehmen eine zeitgemäße Sprache, die zu ihr passt,
-  kommuniziert höflich, kundenorientiert und verständlich,
-  berücksichtigt eine sich stetig verändernde Sprache und die Vielfalt in der Gesellschaft,
-  wählt ihre Sprache zielgruppengerecht.

Bei den hier gegenständlichen Vergabeunterlagen werden, die jeweils von den vergaberechtlichen Grundlagen genutzten Geschlechtsformen verwendet. Im Rahmen von personenbezogenen Bezeichnungen gilt dabei die gewählte Form für alle Geschlechter.

Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, sind in diesen Vergabeunterlagen mit „Bieter“ bzw. „bietende Unternehmen“, „Teilnehmer“ und/oder „Auftragnehmer“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint.

Der Begriff „Wirtschaftsteilnehmer“ umfasst sowohl Bewerber und Bieter als auch Bewerber- und Bietergemeinschaften.

#### **1.3 Gegenstand der Ausschreibung**

Die Ausschreibung beinhaltet den Abschluss eines Vertrages (je Los) über  
Baumaßnahme: Bürogebäude in 16515 Oranienburg, Bernauer Str. 18,

Umbau Servicecenter vom Erdgeschoss in das 1.OG

für die AOK Nordost nach Maßgabe der in den gesamten Vergabeunterlagen ausgeführten Bedingungen.

#### **1.4 Losteilung**

Die ausgeschriebenen Leistungen sind in folgende Lose aufgeteilt:

Nr.	Losbezeichnung
1	Rückbau / Ausbau Bereich neues Servicecenter
2	Ausbau
3	Haustechnik

Bieter können Angebote für ein einzelnes Los, mehrere Lose oder sämtliche Lose abgeben.

Die Zuschlagsentscheidung kann losweise oder für mehrere Lose gemeinsam erfolgen.

Zusätzlich zu Nachlässen oder Preisvorteilen je Los können Nachlässe oder Preisvorteile für den Fall angeboten werden, dass mehrere oder sämtliche Lose an denselben Bieter vergeben werden.

Der Auftraggeber berücksichtigt solche Nachlässe bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots, sofern sie eindeutig und nachvollziehbar ausgewiesen sind.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die - ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und - an der im Preisblatt bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

#### **1.5 Rechtlicher Rahmen**

Für die abzuschließenden Verträge gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wirtschaftsteilnehmer erkennen die Leistungsbeschreibung sowie die besonderen Vertragsbedingungen uneingeschränkt an. Etwaige AGB, Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen der Bieter/Auftragnehmer werden nicht Bestandteil des Vertrages. Die VOB/B werden Vertragsbestandteil.

#### **1.6 Datenschutz und Verschwiegenheitsverpflichtung**

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, welche die Wirtschaftsteilnehmer im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes und ggf. zur Erfüllung des Auftrags verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Auftraggeberin zulässig.

Beabsichtigen die Wirtschaftsteilnehmer nach Durchsicht der Vergabeunterlagen kein Angebot abzugeben, haben sie diese zu vernichten und dies auf Verlangen der Auftraggeberin zu bestätigen.

Über alle Informationen, die aus den Vergabeunterlagen und dem Vergabeverfahren hervorgehen, haben deren empfangsberechtigten Personen auch über den Zeitpunkt der Angebotsphase hinaus Verschwiegenheit zu bewahren. Sie haben hierzu auch die mit dem Vergabeverfahren betrauten Mitarbeiter/innen zu verpflichten.

Die von den Wirtschaftsteilnehmern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

Die Auftragnehmer haben alle im Rahmen ihrer Tätigkeit ihnen bekannt gewordenen Daten und Kenntnisse streng vertraulich zu handhaben. Diese Verpflichtung ist an Unterauftragnehmer ungemindert weiterzugeben.

Die Wirtschaftsteilnehmer haben ferner durch geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen (DSGVO, Bundesdatenschutzgesetz, Sozialgesetzbuch, Brandenburgisches Datenschutzgesetz) sicherzustellen.

## **1.7 Datenschutzrechtliche Informationspflichten**

Die AOK Nordost nimmt den Schutz von personenbezogenen Daten / Sozialdaten sehr ernst und bewahrt Verschwiegenheit über die ihr bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten.

Im Zusammenhang mit dem hier gegenständlichen Vergabeverfahren verarbeitet die AOK Nordost personenbezogene Daten / Sozialdaten der Wirtschaftsteilnehmer. Nachfolgend wird daher im Sinne der Art. 13 f. DSGVO über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten / Sozialdaten informiert.

Eine Informationspflicht der AOK Nordost wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten / Sozialdaten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Art. 14 Abs. 5 lit. c) der DSGVO nicht. Dessen ungeachtet stehen auch diese Daten unter dem Schutz des Sozialgeheimnisses (§ 35 SGB I)

1.7.1

### **Verantwortliche**

Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:

AOK Nordost – Die Gesundheitskasse  
14456 Potsdam

Telefon: 0800 26 50 800 (kostenfrei aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz)

1.7.2

E-Mail: [service@nordost.aok.de](mailto:service@nordost.aok.de)

Internet: <https://nordost.aok.de/>

1.7.3

### **Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Datenschutzbeauftragte der AOK Nordost – Die Gesundheitskasse  
14456 Potsdam

E-Mail: [Datenschutz-Service@nordost.aok.de](mailto:Datenschutz-Service@nordost.aok.de)

### **Zweck der Verarbeitung**

Durchführung eines Vergabeverfahrens.

### **Rechtsgrundlage für die Verarbeitung**

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 3 DSGVO und § 55 Landeshaushaltsordnung Brandenburg; § 5 Absatz 1 Brandenburgisches Datenschutzgesetz.

#### **1.7.4 Empfängerin von personenbezogenen Daten**

Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten

1.7.5 soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung anzufordern.

Nach § 9 Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Vergabegesetzes ist die Vergabestelle verpflichtet, die Einhaltung der gemäß § 6 Absatz 2 und § 8 des Brandenburgischen Vergabegesetzes vereinbarten Vertragsbestimmungen (Zahlung von Mindestentgelt durch den Auftragnehmer sowie Nachunternehmer und Verleiher) zu überprüfen. In diesem Zusammenhang können im Einzelfall steuerlich relevante personenbezogene Daten i.S.v. Artikel 9 Absatz 1 DSGVO verarbeitet werden.

Erhält die Vergabestelle Kenntnis davon, dass der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer einer bei der Erfüllung der Leistungspflichten eingesetzten Arbeitnehmerin oder einem bei der Erfüllung der Leistungspflichten eingesetzten Arbeitnehmer nicht mindestens die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder dem Mindestlohngesetz geltenden Mindestarbeitsbedingungen gewährt, so hat er dies nach § 8 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes der für die Kontrolle der Einhaltung der genannten Gesetze zuständigen Stelle mitzuteilen.

Nach § 10 Absatz 3 des Brandenburgischen Vergabegesetzes meldet die Vergabestelle der im Land Brandenburg beim für Wirtschaft zuständigen Ministerium der Landesregierung eingerichteten zentralen Informationsstelle solche Auftragnehmer, die wegen einer schuldhaften Verletzung ihrer nach § 6 Absatz 2 und §§ 8 sowie 9 Absatz 1 des Brandenburgischen Vergabegesetzes vereinbarten Pflichten von der Teilnahme am Wettbewerb um Aufträge wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen wurden (Auftragssperre).

Die Vergabestelle fragt bei der v. g. Informationsstelle auch an, inwieweit Eintragungen in der Sperrliste zu Bietern mit einem für den Zuschlag in Betracht kommenden Angebot vorliegen. Dies gilt entsprechend vor Entscheidungen über die Beschränkung des Bieterkreises hinsichtlich der aussichtsreichen Bewerber, wenn der Bieterkreis beim Wegfall eines Bieters beschränkt würde. Unterhalb von 3.000 Euro ohne Umsatzsteuer liegt die Anfrage im Ermessen der Vergabestelle.

Nach § 46 Absatz 1 der Unterschwellenvergabeordnung teilt die Vergabestelle unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrags, den nicht berücksichtigten Bietern die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebotes, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters und den nicht berücksichtigten Bewerbern die wesentlichen Gründe für ihre Nichtberücksichtigung mit.

Die Vergabestelle informiert nach § 30 Absatz 1 der Unterschwellenvergabeordnung nach der Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb für die Dauer von drei Monaten über jeden so vergebenen Auftrag ab einem Auftragswert von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg. Diese Information enthält mindestens auch den Namen des beauftragten Unternehmens. Soweit es sich um eine natürliche Person handelt, ist deren Einwilligung einzuholen oder deren Name zu anonymisieren.

### **Kriterien für die Dauer der Speicherung**

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§ 55, 70 bis 72 und 75 bis 80 Landeshaushaltsordnung Brandenburg sowie ggf. nach der europäischen Haushaltsordnung).

1.7.6

### **Rechte der betroffenen Person**

- **Recht auf Auskunft**

1.7.7

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Auftraggeberin verarbeiteten personenbezogenen Daten/ Sozialdaten im Sinne des Art. 15 DSGVO.

- **Recht auf Berichtigung**

Es besteht ein Recht auf Berichtigung von bei der Auftraggeberin gespeicherten personenbezogenen Daten / Sozialdaten im Sinne des Art. 16 DSGVO, sofern den Wirtschaftsteilnehmer betreffende Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

- **Recht auf Löschung**

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung im Sinne des Art. 17 DSGVO der den Wirtschaftsteilnehmer betreffenden personenbezogenen Daten / Sozialdaten. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung).

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten / Sozialdaten des Wirtschaftsteilnehmers im Sinne des Art. 18 DSGVO zu verlangen.

- **Recht auf Widerspruch**

1.7.8

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Wirtschaftsteilnehmers ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden personenbezogenen Daten / Sozialdaten im Sinne des Art. 21 DSGVO zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

### **Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde**

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde im Land Brandenburg ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht  
Dagmar Hartge  
Stahnsdorfer Damm 77  
14532 Kleinmachnow

Hieran sind etwaige Beschwerden zu richten, sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe c) der Datenschutz-Grundverordnung nicht. Die Datenerhebung ist im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen (§ 55 Landeshaushaltsordnung Brandenburg, §§ 3, 6 Unterschwellenvergabeordnung, § 37 Beamtenstatusgesetz Brandenburg, §§ 1, 2 Verpflichtungsgesetz).

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der AOK Nordost – Die Gesundheitskasse unter <https://nordost.aok.de/> sowie dem offiziellen Internetauftritt der „Landesbeauftragten für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht“ unter <https://www.lda.brandenburg.de> entnehmen.

## **1.8 Ausfallbedingter Auftragnehmerwechsel**

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Ausführung des Auftrages in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses den Bietern anzutragen, die im Vergabeverfahren ein wirtschaftlich annehmbares Angebot abgegeben haben, wenn der durch Zuschlag begünstigte Auftragnehmer wegen Kündigung oder aus anderen Gründen endgültig ausfällt (§ 132 Absatz 2 Nr. 4a GWB).

## **2. Verfahrensablauf**

Die im Folgenden aufgeführten Ausschreibungsbestimmungen legen den rechtlichen Rahmen und den Ablauf des Vergabeverfahrens fest. Diese Bestimmungen sind zwingend einzuhalten.

### **2.1 Verfahrensart**

Die Auftraggeberin schreibt die Leistungen als Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Ziffer 1 VOB/A, in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung, aus. Beachten Sie hierzu zusätzlich die Ausführungen und Vorgaben der Auftraggeberin in 2.2.1 der Anlage „Hinweise zur Verfahrensart“.

### **2.2 Kommunikation**

#### **2.2.2**

#### **Sprache**

Das Angebot sowie sämtliche im Kontext dieser Ausschreibung stehende Korrespondenz sind in all ihren Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

#### **Elektronische Vergabe**

(Information nach § 11 Absatz 3 VgV, § 11a Absatz 3 VOB/A EU, § 11 Absatz 3 SektVO sowie § 9 Absatz 3 KonzVgV)

- **Vergabeplattform**

Das Vergabeverfahren wird elektronisch in der webbasierten E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (dvp) (nachfolgend auch: Vergabeportal) durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar: [www.dvp.de](http://www.dvp.de).

Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für die Wirtschaftsteilnehmer vollständig kostenfrei.

Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabeplattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z.B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten). Die verwendeten Dateitypen und Dateiformate werden durch das Vergabeverfahren bzw. die Vergabestelle vorgegeben und können je nach Ausschreibungsgegenstand abweichen (z.B. GAEB-Dateien im Bereich von Bauleistungen).

Zur Nutzung der E-Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich standardkonforme HTML- und Javascript-Technologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet.

Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Für die Abgabe elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. I.d.R. sind für die Installation keine administrativen Rechte erforderlich.

Das Bietertool ist zudem ein „Multi-Plattform-Bieter-Client“, sodass mit einer Installation des Bietertools an Vergabeverfahren auf allen E-Vergabeplattformen auf Basis der cosinex Technologie Vergabemarktplatz teilgenommen werden kann.

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte Projektdateien in das Bietertool transportiert. Sie laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden.

Die lokale Installation des Bietertools stellt eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote und Teilnahmeanträge auf Seiten der Vergabestelle sicher.

- **Signaturniveau**

Für die elektronische Angebotsabgabe sind unterschiedliche Signaturniveaus technisch möglich. Die zugelassene Form der Angebotsabgabe bzw. das zulässige Signaturniveau ist für das vorliegende Vergabeverfahren die Textform nach § 126b BGB. Im Fall der elektronischen Textform genügt im Regelfall die Angabe Ihres Vor- und Nachnamens, empfohlen

werden zudem Angaben zum Unternehmen (Kontaktinformationen) für das Sie das Angebot abgeben.

- **Verschlüsselung der Angebote**

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird (je nach E-Vergabeplattform) mit einem qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert.

Die elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Wirtschaftsteilnehmers (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Nach dem Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote / Teilnahmeanträge vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der so genannte E-Angebotservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabeplattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

- **Vollständigkeit der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen sind elektronisch auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals [www.dtv.de](http://www.dtv.de) abrufbar. Die interessierten Unternehmen werden gebeten, die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu prüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung eines Wirtschaftsteilnehmers unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Wirtschaftsteilnehmer die Auftraggeberin unverzüglich in der im Folgenden beschriebenen Form darauf hinzuweisen.

### **Kontaktmöglichkeit bei Unklarheiten**

Auskünfte werden ausschließlich über die zuvor genannte Vergabeplattform gegeben. Nutzen Sie für Ihre Fragen daher **zwingend** den auf der Vergabeplattform für das hier gegenständliche Verfahren exklusiv eingerichteten Projektraum. Hierzu ist die kostenlose Registrierung des Unternehmens auf dem Vergabeportal erforderlich.

Telefonische Anfragen werden aus Gründen der Gleichbehandlung nicht beantwortet.

Die Antworten werden allen Wirtschaftsteilnehmern zeitgleich mitgeteilt. Die Auftraggeberin wird an sie gestellte Fragen beantworten und als Zusatzinformation zu den Vergabeunterlagen auf dem Vergabeportal anonymisiert veröffentlichen. Diese Zusatzinformationen sowie

sonstige Hinweise, die dort hinterlegt sind, können die Wirtschaftsteilnehmer ohne Registrierung einsehen und die entsprechenden Dokumente dort selbständig herunterladen. Diejenigen Unternehmen, die sich im Vergabeportal für diese Ausschreibung registriert haben, erhalten zusätzlich eine entsprechende Information per E-Mail auf die dort hinterlegte Adresse.

Wir weisen darauf hin, dass die Kommunikation mit den Wirtschaftsteilnehmern, während und nach Ablauf der Angebotsfrist, über die Vergabeplattform erfolgen. Das Nachfordern von Unterlagen sowie die Erteilung von Auskünften oder des Zuschlags etc. werden ebenfalls über das Vergabeportal erfolgen. Mithin sind die Wirtschaftsteilnehmer - bis zum Ablauf der Bindefrist - verpflichtet, sich regelmäßig in eigenständiger Verantwortung zu informieren und sich aktuelle Auskünfte/Antworten/ Zusatzinformationen und Neuerungen bzw. Ergänzungen zu den Bewerbungsbedingungen selbst einzuholen. Im Weiteren haben die Wirtschaftsteilnehmer sicherzustellen, dass eventuelle Nachfragen (ggf. Zuschlagserteilung) der Auftraggeberin nach Ablauf der Angebotsfrist regelmäßig in eigenständiger Verantwortung gesichtet werden.

### **2.3 Objektbegehung**

Ortsbegehungen werden, soweit dies gesetzlich zu den untenstehenden Terminen möglich ist angeboten. Die Objektbegehung ist für die Zuschlagserteilung zwingend notwendig.

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass eine vorherige Objektbesichtigung für eine sachgerechte Kalkulation aus Sicht der Auftraggeberin erforderlich ist, da trotz sorgfältiger Erstellung der Vergabeunterlagen individuelle Umstände vorliegen können, die aus Sicht eines Bieters im Hinblick auf seine Arbeitsorganisation zu Mehr- oder Minderaufwänden führen können, eine sachgerechte und zuverlässige Leistungserbringung jedoch von besonderer Bedeutung für die Auftraggeberin ist. Daher werden die Bieter dringend aufgefordert, an einer Objektbesichtigung (vgl. Anlage x/ Ort) vor Angebotsabgabe teilzunehmen.

Termine Ortsbegehung: 01.06.2026, bis 24.06.2026

Eine Anmeldung zur Ortsbegehung ist aus organisatorischen und sicherheitstechnischen Gründen erforderlich. Bitte melden Sie Ihr Interesse an einer Objektbegehung formlos per Mail an. Ihre Anmeldung sollte spätestens 48 Stunden (Mo bis Fr) vor dem Besichtigungstermin bei der Auftraggeberin ([FrankMichael.Dauselt@nordost.aok.de](mailto:FrankMichael.Dauselt@nordost.aok.de) sowie [TP\\_AIT\\_1\\_0\\_2@nordost.aok.de](mailto:TP_AIT_1_0_2@nordost.aok.de)) vorliegen, damit die Auftraggeberin die Termine mit den interessierten Unternehmen koordinieren und abstimmen kann.

Zur Objektbegehung wird max. 1 Person je Bewerber zugelassen.

Nachteile infolge einer versäumten Objektbegehung liegen im Risikobereich des Bieters.

Eventuelle weitere Fragen zu den Örtlichkeiten sind bis zum 30.06.2026 über die das Modul „Kommunikation“ der Vergabeplattform einzureichen.

### **2.4 Fristen und Eröffnungstermin**

Die Angebotsfrist endet am **30.06.2026, um 10:00 Uhr**. Angebote, die später eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Die Öffnung der Angebote erfolgt unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist. Bieter sind nicht zugelassen.

Die Zuschlags- und Angebotsbindefrist endet am **30.07.2026, 24:00 Uhr**. Die Bieter sind bis zum Ablauf der Bindefrist an ihr Angebot gebunden.

## **2.5 Form und Einreichung**

### **Teilnahmeantrag**

- entfällt -

### **Elektronische Angebotsabgabe**

#### **2.5.1 • Elektronische Angebotsabgabe in Textform**

Das Angebot ist – vorbehaltlich abweichender Angaben im konkreten Verfahren – ausschließlich elektronisch in Textform nach § 126b BGB einzureichen. Hiernach ist eine lesbare Erklärung ausreichend, in der die Person der Erklärenden/des Erklärenden genannt ist und die auf einem dauerhaften Datenträger gespeichert werden kann. Eine eingescannte Unterschrift ist nicht notwendig. Die Nennung der Person der erklärenden/des Erklärenden erfordert die Angabe der Identität derjenigen/desjenigen, der/dem die Erklärung zugerechnet werden soll. Bei natürlichen Personen ist der Name zu nennen, bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften der Firmenname sowie die konkrete zur Vertretung berechnigte Person.

#### **• Abgabe nur über das Vergabeportal**

Die Angebote sind zusammen mit den Anlagen (siehe Gliederung, Seite 3 der Bewerbungsbedingungen) bis zum Ende der Angebotsfrist über das zuvor genannte Vergabeportal bei der Auftraggeberin einzureichen. Nur beim Vergabeportal registrierte Bieter können Angebote abgeben. Beachten Sie die Hinweise im Kapitel „Elektronische Vergabe“ der hier gegenständlichen Bewerbungsbedingungen.

#### **• Datei- und Datenvorgaben**

Bitte beachten Sie, dass das technisch maximal mögliche Datenvolumen des Bietertools zum Hochladen von Dokumenten 500 MB beträgt.

Sind Anlagen in den Bewerbungsbedingungen ausnahmsweise mit Unterschrift und Firmenstempel zu versehen (z.B. etwaige Erklärungen Dritter), so können die jeweiligen Anlagen mit den weiteren Angebotsunterlagen auf folgenden Wegen eingereicht werden:

- Datei der unterschriebenen und eingescannten Dritterklärung oder
- Datei der unterschriebenen und abfotografierten Dritterklärung oder
- Datei der E-Mail, mit der die Dritterklärung an den Bewerber/Bieter übersandt wurde.

Sind Anlagen in den Bewerbungsbedingungen mit Vor- und Nachnamen der ausstellenden Person zu versehen, werden diese als Word-Datei zur Verfügung gestellt. Diese Anlagen sind elektronisch auszufüllen und in PDF-Format dem Angebot beizufügen. Alternativ können diese Anlagen auch elektronisch ausgefüllt, ausgedruckt und eingescannt beigefügt werden. Insofern dienen die Word-Dateien lediglich als Ausfüllhilfen.

Die Dateinamen aller Dokumente müssen sich an den Namen der Originaldateien orientieren, um Verwechslungen auszuschließen.

#### **• Ausschlusshinweis**

Die Angebote sind so abzugeben, dass alle Angebotsbestandteile nachträglich nicht mehr veränderbar sind.

Auf anderen als dem vorgenannten Weg übermittelte Angebote, insbesondere solche per Postweg, Telefax, E-Mail, über die Schaltfläche „Kommunikation“ auf der Vergabepattform

oder per Fernschreiben, sind nicht zulässig und werden von der Wertung ausgeschlossen. Ebenso unzulässig und unbeachtlich sind insbesondere eine Rücknahme oder Änderung eines Angebots per Telefax, E-Mail, über die Schaltfläche „Kommunikation“ auf der Vergabeplattform oder per Fernschreiben.

Auf die Ausschlussgründe des § 42 UVgO wird verwiesen.

### **Aufbau und Bestandteile des Angebots**

Damit eine vergleichende Bewertung der Angebote möglich ist, soll sich der formale Aufbau des Angebots so weit wie möglich an die vorgegebene Gliederung (Seite 3 der Bewerbungsbedingungen) halten.

#### **2.5.3**

- **Aufbau**

Das Angebot soll hierbei wie folgt aufgebaut sein:

- Angebotsschreiben mit Datum in vorgeschriebener Textform: Hierfür ist das von der Auftraggeberin vorgegebene Angebotsformblatt (Anlage B.01) sowie das Preisblatt (Anlage B.03) zu verwenden.
- Die Anlagen und Erklärungen (Eigenerklärungen sowie Formblätter der Auftraggeberin) gemäß der Aufzählung der vorzulegenden Nachweise in der Gliederung (Seite 3 der Bewerbungsbedingungen) stellen neben dem vorgenannten Angebotsformblatt Bestandteile des Angebots dar und sind als solche vollständig ausgefüllt in vorgeschriebener Textform einzureichen.

- **Bestandteile**

Das Angebot muss alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten; unvollständige Angebote sowie Angebote, für deren Wertung wesentliche Preisangaben fehlen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

Änderungen des Wirtschaftsteilnehmers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei und alle Eintragungen dokumentenecht sein. Andernfalls muss das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden.

Änderungen oder Ergänzungen an den Bewerbungsbedingungen sind unzulässig und führen zwingend zum Angebotsausschluss. Soweit ein Wirtschaftsteilnehmer Erläuterungen seines Angebots für erforderlich hält, hat er diese auf eigenen besonderen Anhängen und Anlagen beizufügen. In diesem Fall ist zweifelsfrei kenntlich zu machen, dass diese Bestandteile des Angebotes sind. Insbesondere sind auch die Anhänge und Anlagen zu unterzeichnen.

Die Auftraggeberin akzeptiert die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Wirtschaftsteilnehmers nicht. Diese werden nicht Bestandteil des Vertrages.

Im Angebot ist anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Wirtschaftsteilnehmer oder anderen beantragt sind.

Alle Angebotspreise und -beträge sind in der durch die jeweilige Anlage geforderten Form in Euro netto anzugeben und kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen zu runden.

- **Hinweise zu Erklärungen und Nachweisen**

In den Teilen B und C der Vergabeunterlagen finden sich die zur Abgabe eines Angebots notwendigen Erklärungen und Nachweise.

Für Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte gibt §16b VOB/A ein zweistufiges Prüfungsverfahren hinsichtlich der geforderten Unterlagen vor.

Hieraus ergibt sich, dass auf der ersten Stufe (Teilnahmewettbewerb) eingereichte Eigenerklärungen nur als vorläufiger Beleg für die Eignung oder das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen dienen. Der Auftraggeberin steht es bereits auf der ersten Stufe offen, Wirtschaftsteilnehmer jederzeit während des Vergabeverfahrens aufzufordern, sämtliche oder auch nur einen Teil der nach §§ 44 bis 49 VgV geforderten Nachweise beizubringen, sofern dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

Bei Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte ist die Auftraggeberin nicht verpflichtet, vor Zuschlagserteilung auf einer zweiten Stufe die eigentlichen Nachweise und Belege vom Zuschlagsprätendenten einzufordern.

Welche Erklärungen und Nachweise bereits mit Abgabe des Angebotes einzureichen sind und welche erst auf gesonderte Anforderung durch die Auftraggeberin abgegeben werden müssen kann dem Inhaltsverzeichnis der hier gegenständlichen Bewerbungsbedingungen entnommen werden:

- Teil B – Angebotsunterlagen obligatorisch (Anlagen, die (soweit zutreffend) ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind)
- Teil C – Angebotsunterlagen fakultativ (Anlagen, die auf gesonderte Aufforderung der Auftraggeberin ausgefüllt einzureichen sind)

Weitere Hinweise hierzu finden sich – sofern relevant – mitunter auch auf den Anlagen selbst.

Wirtschaftsteilnehmern steht es im Sinne einer Verfahrensbeschleunigung frei, bereits mit Angebotsabgabe neben den obligatorischen auch bereits die fakultativen Unterlagen einzureichen.

#### • **Bewerber-/Bietergemeinschaft/Unterauftragnehmer/Eignungsleihe**

In den Fällen der Eignungsleihe, dem Einsatz von Unterauftragnehmern oder der Abgabe des Angebotes in Form einer Bewerber-/Bietergemeinschaft gelten neben den vorgenannten Vorgaben weitere Besonderheiten für die Abgabe des Angebotes. Beachten Sie hierzu zwingend die für die Bewerber-/Bietergemeinschaft, Unterauftragnehmer und Eignungsleihe je-

2.5.4 weils zusätzlichen Bestimmungen in den Bewerbungsbedingungen.

#### **Änderung/Rücknahme von Angeboten**

Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer an seinen Eintragungen in den Vergabeunterlagen Änderungen vor, so müssen diese zweifelsfrei sein.

Wollen Bieter ein Angebot, das bereits abgegeben wurde, innerhalb der Angebotsfrist ändern, so haben die Bieter das bereits abgegebene Angebot über das Vergabeportal [www.dtv.de](http://www.dtv.de) selbstständig zurückzunehmen und durch das geänderte Angebot zu ersetzen.

Beabsichtigen Bieter innerhalb der Angebotsfrist die Rücknahme eines bereits abgegebenen Angebotes, so hat dies innerhalb der Angebotsfrist zu erfolgen. Die Rücknahme erfolgt über das Vergabeportal [www.dtv.de](http://www.dtv.de) und ist von den Bietern selbstständig durchzuführen.

2.5.5

Die Rücknahme sowie Abgabe geänderter Angebote kann lediglich bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgen. Nach Ablauf der Angebotsfrist können Angebote nicht mehr geändert werden. Auch eine Rücknahme des Angebotes ist dann über das Vergabeportal [www.dtv.de](http://www.dtv.de) nicht mehr möglich.

#### **Nebenangebote, Änderungsvorschläge, Hauptangebote**

Die Abgabe von Nebenangeboten, zwei oder mehreren Hauptangeboten eines Bieters, alternativen Hauptangeboten als auch von Änderungsvorschlägen sind nicht zugelassen.

### **Vergütung/Kostenerstattung für die Erstellung der Angebote**

Die Angebotserstellung hat kostenlos zu erfolgen. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen.

## **2.6 Bewerber-/Bietergemeinschaft**

Bewerber-/Bietergemeinschaften sind zugelassen.

2.5.6

- **Allgemeine Bestimmungen**

Als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist ein Zusammenschluss mehrerer Unternehmen zwecks gemeinsamer Abgabe eines Angebots im Rahmen einer Ausschreibung und späterer Leistungserbringung zu verstehen. Bewerber-/Bietergemeinschaften werden wie Einzelbieter behandelt.

Bewerber-/Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistung und haben in den Angeboten sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen.

- **Ergänzende Hinweise zur Angebotsabgabe**

Neben den von allen Bewerbern/Bietern bei Abgabe eines Angebotes einzureichenden Erklärungen und Nachweisen haben Bewerber-/Bietergemeinschaften besondere Hinweise hinsichtlich Art und Umfang abzugebender Erklärungen und Nachweise zu beachten. In den Anlagen wurden hierfür gesonderte Hinweise aufgenommen, die sich jeweils unter dem Punkt „Bewerber-/Bietergemeinschaften/Unterauftragnehmer/Eignungsleihe“ finden.

Bei Angeboten von Bewerber-/Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB oder signiert eingereicht und hochgeladen werden.

## **2.7 Unterauftragnehmer/Nachunternehmer**

Der Einsatz von Unterauftragnehmern (bzw. Nachunternehmern) ist sowohl für einzelne Teilleistungen als auch für die vollständige Leistungserbringung gemäß nachfolgenden Bestimmungen zulässig.

- **Allgemeine Bestimmungen**

Für vor Zuschlagserteilung mitgeteilte Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) gilt die Zustimmung der Auftraggeberin zum Einsatz der Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) mit dem Zuschlag als erteilt. Die Weitergabe von Teilleistungen an andere Unternehmen (Nachunternehmer) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin, die diese nur aus sachlich gerechtfertigten Gründen verweigern darf.

Alle sich aus diesen Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen ergebenden Pflichten gelten auch für Unterauftragnehmer.

Dem Unterauftragnehmer sind insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen zu stellen, insbesondere hinsichtlich Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen, als zwischen dem Auftragnehmer und der Auftraggeberin.

Für solche Unterauftragnehmer, auf deren Kapazitäten sich das bietende Unternehmen bereits im Rahmen der Eignungsleihe beruft, sind die vergaberechtlichen Bestimmungen zur Eignungsleihe und die in diesen Vergabeunterlagen für eignungsbeliehene Drittunternehmen enthaltenen Vorgaben vorrangig.

Unterauftragnehmer ist also, wer nicht schon im Rahmen der Eignungsleihe als Drittunternehmen (s.o.) vom bietenden Unternehmen einbezogen worden ist und wesentliche Teilleistungen hinsichtlich des Auftragsgegenstandes erbringt und nicht lediglich als Lieferant oder Hilfskraft einzustufen ist. Die Wesentlichkeit der Teilleistung ist nicht zwangsläufig vom prozentualen Anteil an der Gesamtleistung abhängig.

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass auch mit den Bietern verbundene Unternehmen Unterauftragnehmer sind.

Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet das den Auftrag nehmende Unternehmen für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (Generalunternehmerschaft).

- **Ergänzende Hinweise zur Angebotsabgabe**

Neben den von allen Bewerbern/Bietern bei Abgabe eines Angebotes einzureichenden Erklärungen und Nachweisen haben Bewerber/Bieter bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften, bei denen wie zuvor beschrieben der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist, besondere Hinweise hinsichtlich Art und Umfang abzugebender Erklärungen und Nachweise zu beachten. In den Anlagen wurden hierfür gesonderte Hinweise aufgenommen, die sich jeweils unter dem Punkt „Bewerber-/Bietergemeinschaften/Unterauftragnehmer/Eignungsleihe“ finden.

## **2.8 Eignungsleihe**

Wenn Bewerber/Bieter bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften selbst die erforderliche Eignung nicht besitzen oder nicht nachweisen können, dürfen diese für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen (Drittunternehmen) in Anspruch nehmen. Dies gilt nicht für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

- **Allgemeine Bestimmungen**

Nehmen einzelne Wirtschaftsteilnehmer die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Drittunternehmen) im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leitungsfähigkeit in Anspruch, haften die Wirtschaftsteilnehmer und das andere Unternehmen gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

Nehmen einzelne Wirtschaftsteilnehmer die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Drittunternehmen) im Hinblick auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung in Anspruch, so können sie dies nur, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

- **Ergänzende Hinweise zur Angebotsabgabe**

Neben den von allen Bewerbern/Bietern bei Abgabe eines Angebotes einzureichenden Erklärungen und Nachweisen haben Bewerber/Bieter bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften, bei denen wie zuvor beschrieben eine Eignungsleihe beabsichtigt ist, besondere Hinweise hinsichtlich Art und Umfang abzugebender Erklärungen und Nachweise zu beachten. In den Anlagen wurden hierfür gesonderte Hinweise aufgenommen, die sich jeweils unter dem Punkt „Bewerber-/Bietergemeinschaften/Unterauftragnehmer/Eignungsleihe“ finden.

## **2.9 Wettbewerbsbeschränkende Absprach**

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen sind unzulässig und führen zum Angebotsausschluss. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen sind insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über:

- Gewinnaufschläge
- Gewinnbeteiligungen
- die zu fordernden Preise
- Entrichtung von Ausfallentschädigung oder Abstandszahlungen u.ä.
- Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie mittelbar den Preis beeinflussen, es sei denn, dass sie im Einzelfall ausnahmsweise zulässig sind.

### **3. Wertung und Prüfung der Angebote**

#### **3.1 Formale Prüfung**

Es gelten die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen und den Vergabeunterlagen ergebenden Anforderungen an das Angebot und den Bieter.

##### **Nachforderung**

- 3.1.1 Die Auftraggeberin wird vom Nachforderungsrecht Gebrauch machen, sofern sie dies nicht an anderer Stelle der Vergabeunterlagen ausgeschlossen hat.

Dazu werden fehlende Erklärungen und Nachweise schriftlich bei den betroffenen Wirtschaftsteilnehmern angefordert. Fehlende Erklärungen und Nachweise sind innerhalb einer Frist von 7 Tagen nach Zugang der Aufforderung vorzulegen. Erfolgt die Vorlage der fehlenden Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig innerhalb dieser Frist, wird das betreffende Angebot ausgeschlossen.

Fehlende Erklärungen und Nachweise werden solchen gleichgestellt, die nicht die geforderte Aktualität aufweisen.

3.1.2

##### **Ungewöhnlich niedrige Angebote**

Erscheinen der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, verlangt die Auftraggeberin vom Wirtschaftsteilnehmer Aufklärung durch Anforderung von Erklärungen und Unterlagen mit deren Hilfe die Kostenermittlung nachvollziehbar sein muss. Kann die Auftraggeberin im Rahmen der Aufklärung die geringe Höhe des Angebots oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend aufklären, darf sie den Zuschlag auf dieses Angebot ablehnen.

#### **3.2 Zuschlagskriterien**

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Grundlage dafür ist eine Bewertung der Auftraggeberin, ob und inwieweit das Angebot die vorgegebenen Zuschlagskriterien erfüllt.

Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung werden neben dem Preis weitere Wertungskriterien berücksichtigt.

Die weiteren Details zu den Zuschlagskriterien können der als Anlage zu den Bewerbungsbedingungen geführten Wertungsmatrix entnommen werden.

### **3.3 Eignung**

Die Wirtschaftsteilnehmer haben die geforderten Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, zur Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftlichen und finanziellen sowie fachlichen und technischen Leistungsfähigkeit vorzulegen.

Die unter Teil B der Vergabeunterlagen geforderten Eigenerklärungen und Nachweise sind zwingend mit dem Angebot vorzulegen.

Die unter Teil C der Vergabeunterlagen geforderten Eigenerklärungen und Nachweise sind auf gesonderte Aufforderung durch die Auftraggeberin abzugeben, sofern diese nicht bereits mit dem Angebot eingereicht wurden.

#### **Allgemeine Erklärungen (Anlage B.04)**

- **Eigenerklärung zu Ausschlussgründen**

3.3.1 Damit die Auftraggeberin prüfen kann, ob ein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB vorliegt haben Wirtschaftsteilnehmer die in der Anlage B.04 geführte „Eigenerklärung zu Ausschlussgründen“ abzugeben.

#### **EE zu Eignungskriterien (Anlage B.05)**

##### **3.3.2**

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag den im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauleistungen (ULV) oder in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Beleg ihrer Eignung die Angaben und Erklärungen zu tätigen, die im Rahmen der als Anlage B.05 zu den Vergabeunterlagen geführten Formblätter von der Auftraggeberin abgefragt werden.

Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauleistungen (ULV) oder in der Liste des Vereins für ABau 2013, Stand: Juni 2022 die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Sofern die hier zu vergebenden Leistungen in Lose geteilt sind, sind die in der Anlage B.05 abgefragten Angaben und Erklärungen jeweils für das Los zu tätigen, für das ein Teilnahmeantrag gestellt wird bzw. ein Angebot abgegeben wird.

### **Wettbewerbsregister**

Öffentliche Auftraggeber sind gem. § 6 Absatz 1 WRegG verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind (Pflicht-Abfrage).

3.3.3

Daneben können öffentliche Auftraggeber auch unter den Voraussetzungen Eintragungsabfragen im Wettbewerbsregister vornehmen (Kann-Abfrage).

Die Erteilung des Zuschlags erfolgt im Regelfall nur dann, wenn keine Eintragungen vorliegen.

### **4. Nicht berücksichtigte Bieter**

Bieter, deren Angebote ausgeschlossen worden sind und solche, deren Angebote nicht in die engere Wahl kommen, werden unverzüglich unterrichtet. Die übrigen Bieter werden unterrichtet, sobald der Zuschlag erteilt worden ist.

Die AOK Nordost unterrichtet auf Verlangen eines Bewerbers oder Bieters innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.